



**Drucksache  
der  
Bezirksverordnetenversammlung  
Pankow von Berlin**

**VI-0851**

**Antrag**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen;

Ursprungsdrucksachenart: Antrag,  
Ursprungsinitiator: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Beratungsfolge:

22.07.2009 BVV

BVVS0Si/07/VI

**Betreff: Datenschutzfragen klären, Klarheit schaffen: Endlich Sicherheit für die Kurt-Tucholsky-Bibliothek!**

**Die BVV möge beschließen:**

1. Das Bezirksamt wird ersucht, in kontinuierlicher Abstimmung mit dem Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit, den Vereinen Pro Kiez e.V. und Freunde der Dehler Bibliothek e.V. und dem Kulturstadtrat von Tempelhof-Schöneberg rechtzeitig vor der nächsten Sitzung der Verbundkonferenz, spätestens aber bis zum 15.9.2009, eine datenschutzrechtlich unbedenkliche Lösung zur Verarbeitung personenbezogener Daten durch Ehrenamtliche ohne Anwesenheit hauptamtlicher Mitarbeiter zu erarbeiten.

Die BVV ist zeitnah über den Verlauf dieser Gespräche zu informieren.

2. Das Bezirksamt Pankow wird ersucht, erneut einen Antrag für einen Einsatz einer hauptamtlichen Mitarbeiterin / eines hauptamtlichen Mitarbeiters für die Kurt-Tucholsky-Bibliothek zu stellen. Der neue Antrag soll dabei die Begründungen, die zur Ablehnung der vorherigen Anträge führten, berücksichtigen. Der Einsatz soll zum frühestmöglichen Termin beantragt werden. Der Antrag und der Bescheid des ZeP ist der BVV zur Kenntnis zu geben.

Berlin, den 23.07.2009

Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

gez. BV Stefanie Remlinger, BV Peter Brenn, BV Cornelia Schwerin

Begründung siehe Rückseite

Ergebnis:

\_\_\_\_\_ beschlossen  
 \_\_\_\_\_ beschlossen mit Änderung  
\_\_\_\_\_ abgelehnt  
\_\_\_\_\_ zurückgezogen

Abstimmungsverhalten:

_____	EINSTIMMIG
<input checked="" type="checkbox"/>	MEHRHEITLICH
_____	JA
_____	NEIN
<b>einige</b>	ENTHALTUNGEN

federführend

\_\_\_\_\_ überwiesen in den Ausschuss für  
\_\_\_\_\_ zusätzlich in den Ausschuss für  
\_\_\_\_\_ und in den Ausschuss für

**Begründung:**

Nur eine grundsätzliche datenschutzrechtliche Lösung, die auch vom Landesdatenschutzbeauftragten akzeptiert wird, bietet die Gewähr, dass die ehrenamtlich Engagierten in der KTB endlich Sicherheit haben, weiter arbeiten zu können.

Einstweilen ist beim ZeP ein zweiter Versuch zur Bewilligung eines Einsatzes einer hauptamtlichen Kraft aus dem Stellenpool zu unternehmen.